

*Per Mail an:*

*Regierungspräsidium Freiburg*

*Landratsamt Ortenaukreis*

*Stadt Offenburg*

*Gemeinde Schutterwald*

*Gemeinde Hohberg*

***Stellungnahme des BUND-Kreisverbandes (Umweltzentrum Ortenau) und der betroffenen BUND-Ortsverbände Offenburg, Hohberg und Neuried sowie des NABU Bezirk Südbaden (Ortenau) zur Planung B33 - Autobahnzubringer Offenburg-Süd***

Offenburg, 19. Juli 2022

## **Ein generelles Überdenken von Straßenneubauvorhaben ist notwendig!**

**Als Vertreter der großen Umweltverbände lehnen wir die vorgestellten Varianten eines Südzubringers ab. Stattdessen fordern wir eine generelle Überprüfung des Vorhabens unter den Gesichtspunkten des Klima-, Ressourcen-, Hochwasser- und Biodiversitätsschutzes, die für die zukünftigen Planungen oberste Priorität haben müssen. Ein weiteres Vorantreiben von Straßenneubauprojekten stellt in unseren Augen eine Verschwendung von Steuergeldern dar, die dringend benötigt werden, um den Klimawandel zumindest zu bremsen, Ressourcen zu schonen und nachhaltige Verkehrsmodelle zu fördern.**

Wie in der Presse berichtet, hat das Regierungspräsidium Freiburg den betroffenen Kommunen die noch in Frage kommenden Varianten für den Südzubringer vorgestellt. Dabei wurde argumentiert, dass nur diese Planungen „eine ausreichende Verkehrswirkung entfalten“. Wir kritisieren, dass damit die einzige flächenschonende Alternative, nämlich der Ausbau der Bestandsstraße, nicht mehr im Rennen ist. Die momentan vorgesehenen Varianten sind alle mit einer Zerschneidung von Feldern, Wiesen oder Waldgebieten und mit einer großen Flächenneuersiegelung verbunden. Dies ist angesichts des starken Rückgangs der biologischen Vielfalt nicht akzeptabel. Auch der Verlust von landwirtschaftlicher Fläche und von fruchtbaren Böden ist im Hinblick auf die Ernährungssouveränität Deutschlands und die steigenden Preise für Grundnahrungsmittel nicht mehr hinnehmbar.

Wir finden es unverständlich, dass gerade diese wichtigen Kriterien bei der Planung keine Berücksichtigung fanden, wie aus dem Projektinformationssystem (PRINS) des Bundes für dieses Vorhaben ersichtlich ist. Gefahrenen Kilometern wird dabei ein positiver Barwert zugeordnet, der Verlust einer Wald- oder Ackerfläche aber pauschal als „gering“ bewertet. Es ist überfällig, den Verlust unserer natürlichen Ressourcen, der biologischen Vielfalt und die stetige Degradierung unseres Lebensraumes ehrlich zu bewerten. Spätestens dann werden solche Projekte in der Kosten-Nutzenanalyse als das erscheinen was sie sind, nämlich Verlustgeschäfte für alle.

Für die Untersuchungen werden Prognosen des zukünftigen Verkehrszuwachses zugrunde gelegt und wie eine feststehende Tatsache behandelt. Verkehrszuwachs ist aber kein Naturgesetz, sondern menschengemacht, abhängig von sich ändernden Lebens- und Arbeitsgewohnheiten sowie politischen Entscheidungen. Mehr Straßen und schnellere Anbindungen verursachen neuen Verkehr - mit all seinen negativen Folgen wie Abgasen und Verlärmung. Statt in diesem Teufelskreis gefangen zu bleiben, ist eine aktive Steuerung des Verkehrsaufkommens hin zu mehr ÖPNV und mehr Schwertransporten auf die Schiene überfällig. Dies wird nicht funktionieren, wenn der ÖPNV zwar günstiger angeboten, aber gleichzeitig das Geld in neue Straßen statt in bessere ÖPNV-Verbindungen auch im Ländlichen Raum investiert wird.

Es ist inzwischen deutlich zu spüren, wie sich die Klimakrise zuspitzt, wie stark die biologische Vielfalt schwindet und welche negativen Folgen die Abhängigkeit von fossilen Energieimporten hat. Spätestens jetzt ist ersichtlich, dass der Neubau von Straßen ein Schritt in die falsche Richtung ist. So spricht sich in einer für den BUND durchgeführten repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Civey eine deutliche Mehrheit der Menschen (60%) in Baden-Württemberg dafür aus, dass Steuergelder nicht in den Neubau von Autobahnen oder Bundesstraßen gesteckt, sondern besser für den Erhalt verwendet werden sollen. Das ist die Mehrheitsmeinung in allen Altersgruppen sowohl auf dem Land als auch in der Stadt. Die politischen Entscheidungsträger sind nun gefragt, endlich eine entsprechende Verkehrswende einzuleiten und nicht an kontraproduktiven und teuren Straßenneubauprojekten festzuhalten.

Mit freundlichen Grüßen



Petra Rumpel  
BUND-Umweltzentrum Ortenau



Markus Kauber  
NABU Bezirk Südbaden (Ortenau)

Mitunterzeichner sind die betroffenen BUND-Ortsverbände Hohberg und Offenburg sowie der BUND-Regionalverband südlicher Oberrhein.